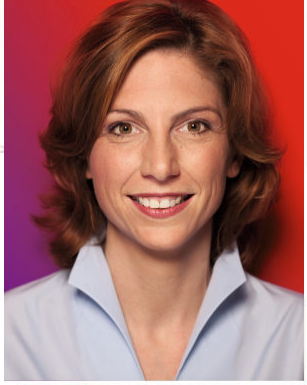

Infoservice

Sabines Woche

Sabine Bätzing-Lichtenthäler:
Ihre Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Neuwied/Altenkirchen

Hallo Wahlkreis !

Liebe Genossinnen und Genossen,
es ist zwar erst Mitte März aber die Sonne und die Temperaturen der letzten Woche lassen uns schon auf die Sommerzeit einstimmen...
Bis dahin bleibt jedoch noch viel zu tun! Die Kommunal- und Europawahl stehen sozusagen vor der Tür und in den Ortsvereinen laufen die letzten Listenaufstellungen. Und es geht ruck zuck bis wir uns an den Infoständen wieder sehen. Ich hoffe, dass ich dann auch wieder aktiv mit dabei bin. Bis zur Geburt, die wir Anfang April erwarten, muss ich noch absolut ruhen- aber ich hoffe, dass ich in der heißen Wahlkampfphase euch vor Ort auch wieder -zumindest teilweise- unterstützen kann! Aber warten wir erst mal die nächsten 3 Wochen noch ab ;)!
Ich wünsch euch ein schönes Wochenende & viele interessante Informationen aus der heutigen Ausgabe!
Herzlichst
eure Sabine

Berlin

Jakob-Kaiser-Haus
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: (0 30) 22 77 74 32
Fax: (0 30) 22 77 64 44
sabine.baetzing-lichtenthaeler@bundestag.de

Wahlkreis

Betzdorf
Bahnhofstraße 19
57518 Betzdorf

Telefon: (0 27 41) 2 54 54
Fax: (0 27 41) 2 74 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler@wk2.bundestag.de

Puderbach
Mittelstraße 17
56305 Puderbach

Telefon: (0 26 84) 9 57 10 60
Fax: (0 26 84) 9 57 10 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler@wk.bundestag.de

Topthema

Fukushima – drei Jahre nach der Katastrophe!

Auch nach dem dritten Jahrestag der Atomkatastrophe von Fukushima ist immer noch keine Lösung der Probleme in Sicht. Wir müssen weiter darauf drängen, dass es eine vollständige und konsequente Aufklärung über die Zustände und Folgen in Fukushima gibt. Niemand weiß, wie es weiter geht: Wir wissen nicht wann keine Gefahr mehr vom Atomkraftwerk Fukushima Daiichi ausgeht, wann kein radioaktives Wasser mehr austritt, wohin mit dem verseuchten Wasser und der verstrahlten Erde, welche langfristigen gesundheitlichen Folgen der Super-GAU haben wird, ob und wann die Umgebung von Fukushima wieder bewohnt werden kann und wie hoch die Gesamtkosten der Katstrophe sein werden.
Wir fordern daher endlich eine konsequente Auseinandersetzung mit den Problemen und ein akribisches Vorgehen bei der Beseitigung der Folgen. Zu einer ehrlichen Aufarbeitung gehören aber auch eine transparente Aufklärung und Berichterstattung. Nur so können die Menschen sich ein ehrliches Bild über die Gefahren der Atomkraft machen.
Die Auswirkungen des Unfalls sind so drastisch, dass die Verantwortlichen alles daran setzen, diese zu vertuschen oder zu verharmlosen. Pannen werden heruntergespielt und Strahlenwerte bewusst falsch gemessen. Sie liegen zum Teil zehnmal höher als vom Betreiber Tepco angegeben. Die Untersuchung von gesundheitlichen Auswirkungen beschränkt sich lediglich auf Schilddrüsenerkrankungen, weitere Strahlenfolgen werden nicht dokumentiert. Regelmäßige Untersuchungen für am AKW tätige Menschen gibt es nur für Mitarbeiter/innen von Tepco, nicht aber für die von Fremdfirmen, dabei stellen die die Mehrheit der dort Beschäftigten. Ärzte, die Untersuchungen vornehmen, die über die vorgeschriebenen Untersuchungen hinausgehen, werden von den Krankenkassen unter Druck gesetzt. Das Interesse ist groß, dass statistisch so wenige Erkrankungen wie möglich mit Strahlung in Verbindung gebracht werden. Kein Wunder, was untersucht wird, bestimmt schließlich die atomfreundliche Regierung und die Internationalen Atomenergiebehörde (IAEO), die laut Satzung „den Beitrag der Kernenergie zu Frieden, Gesundheit und Wohlstand weltweit beschleunigen und vergrößern“ soll. So hat die IAEO im letzten Jahr mit den Präfekturen Fukushima und Fukui eine Vereinbarung unterzeichnet, in der bewusst ein Paragraf zu Geheimhaltungsmöglichkeiten aufgenommen wurde. Auch Journalisten, die kritisch über Fukushima, Tepco und Atomenergie berichten, werden unter Druck gesetzt. So erklärte die unabhängige Journalistin Oshidori Mako auf einer Pressekonferenz, dass sie mittlerweile auf einer schwarzen Liste der Regierung stehe und observiert würde. Zudem würden die Medien, die ihre Berichte veröffentlichen, von Seiten der Atomlobby und Stromkonzerne unter Druck gesetzt. Letzte gehörten zu den größten Geldgebern der japanischen Printmedien.Diese Form der Einflussnahme und Manipulation durch die Atomlobby ist gefährlich. Wir müssen immer wieder darauf drängen, dass es eine vollständige und konsequente Aufklärung über die Zustände und Folgen in Fukushima gibt. Diesbezüglich hoffen wir, dass uns der ehemalige japanische Premierminister Naoto Kan in der öffentlichen Anhörung des Umweltausschusses am 19. März 2014 zu dem Thema genauere Auskünfte geben kann.

Pflege

Neuer Pflegebedürftigkeitsbegriff erforderlich!

20 Jahre Pflegeversicherung haben sich bewährt. Die Pflegebedürftigkeit wurde mit der Einführung der Pflegeversicherung als gesamtgesellschaftliche Aufgabe definiert und das Risiko sozialstaatlich abgesichert. Die Pflegeversicherung als fünfte Säule der Sozialversicherung genießt in der Bevölkerung eine hohe Akzeptanz. Dieser Aufgabe muss die Pflegeversicherung auch in Zukunft gerecht werden. Hierzu ist es notwendig, den neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs so schnell wie möglich umzusetzen, damit Menschen mit Demenz nicht länger innerhalb der Pflegeversicherung benachteiligt werden. Hierzu wurden im Koalitionsvertrag die richtigen Grundlagen gelegt. Eine höhere Belastung von kinderlosen Versicherten sieht der Koalitionsvertrag hingegen nicht vor.

Bildung & Forschung

Verstärkt in Bildung und Forschung investieren!

Die Koalition von Union und SPD hat mit ihrer Prioritätensetzung zugunsten von Bildung und Forschung ein klares Signal gesetzt. Sechs Milliarden Euro sollen in den nächsten Jahren zusätzlich in den Bildungsbereich und drei Milliarden Euro in die Forschungsförderung fließen.

Die SPD-Bundestagsfraktion wird sich dafür einsetzen, dass in den anstehenden Haushaltsberatungen im Parlament nunmehr die konkreten Punkte aus dem Koalitionsvertrag zur Stärkung von Bildung und Forschung umgesetzt werden.

Die Koalition von Union und SPD hat im Koalitionsvertrag unter die prioritären Maßnahmen in Höhe von 23 Milliarden Euro zwei Maßnahmenfelder für den Bereich Bildung, Wissenschaft und Forschung genannt.

Dabei sollen mit sechs Milliarden zusätzlich die Länder bei der Verbesserung der Qualität der Finanzierung von Kinderkrippen, Kindergärten, Schulen und Hochschulen unterstützt werden und mit drei Milliarden Euro zusätzlich soll der Bund in die Lage versetzt werden, außeruniversitären Forschungseinrichtungen, den Hochschulpakt, den Pakt für Forschung und Innnovation und die Exzellenzinitiative weiter zu finanzieren.

Mit 500 Millionen zusätzlich für 2014 steigt die Regierung konsequent in die Umsetzung dieser Priorität für diese Legislaturperiode ein, deren konkrete Ausgestaltung mit den Ländern für den Anteil von sechs Millionen zu verhandeln und zu präzisieren sein wird. Ziel muss es sein, zu gemeinsamen Verabredungen zu kommen, mit denen eine qualitative Stärkung der Bildungseinrichtungen erreicht werden kann und die die Länder bei deren Finanzierung unterstützt.

Der Haushaltsentwurf 2014 macht zugleich deutlich, dass neue Akzente und Schwerpunkte gegenüber dem bisher vorliegenden Regierungsentwurf 2014 von CDU, CSU und FDP, wie sie durch die neue Koalitionsvereinbarung von CDU, CSU und SPD gemeinsam verabredet worden sind, auf Bundesebene nicht nur durch Zuwächse an Finanzmitteln, sondern auch durch Überprüfen und Umschichten von Haushaltsansätzen erfolgen müssen. Alternativ statt additiv heißt hier, dass sich die SPD in den Haushaltsberatungen des Parlaments für die Umsetzung sehr konkreter Punkte aus dem Koalitionsvertrag einsetzt, wie beispielsweise die Stärkung der Alexander von Humboldt-Stiftung und des Deutschen Akademischen Austauschdienstes, den Einstieg in die Alphabetisierungsdekade oder auch die Stärkung der Forschung an Fachhochschulen. Dabei haben für die SPD in dieser Legislaturperiode eine signifikante Anhebung und Modernisierung des BAföG und die Ausgestaltung der Ausbildungsgarantie Priorität. Gemeinsam mit den Ländern wollen wir darüber hinaus in die Grundfinanzierung der Hochschulen einsteigen.

Europa

Beitrag gegen Jugendarbeitslosigkeit

Es ist richtig und notwendig, dass das Sonderprogramm des Bundesarbeitsministeriums gegen Jugendarbeitslosigkeit in Europa mehr Geld bekommt. Wir geben damit jungen Menschen eine Chance. Die Bundesregierung will Haushaltsmittel in Höhe von 140 Millionen Euro für die Jahre 2014 bis 2018 zusätzlich für das Programm MobiProEU zur Verfügung stellen. Dies ist richtig und notwendig. Das Programm ist ein großer Erfolg. Mit den zusätzlichen Mitteln können mehr junge Menschen aus den EU-Staaten an diesem Programm teilnehmen. Mit dem Sonderprogramm des Bundes zur ‚Förderung der beruflichen Mobilität von ausbildungsinteressierten Jugendlichen und arbeitslosen jungen Fachkräften aus Europa' (MobiPro-EU) bieten wir jungen Menschen aus der EU die Möglichkeit, in Deutschland in den Branchen eine Ausbildung zu machen, in denen Lehrstellen nicht besetzt werden können. Sie bekommen Unterstützung bei der Vermittlung einer betrieblichen Berufsausbildung oder einer qualifizierten Beschäftigung. Damit sichern wir bei uns die Fachkräfte und leisten einen Beitrag gegen die Jugendarbeitslosigkeit in Europa. Die Nachfrage bei Jugendlichen und Betrieben ist größer als erwartet, sie kann durch die bisher eingeplanten Mittel nicht gedeckt werden. Deswegen sollen die Mittel aufgestockt werden. Dies hat die Bundesregierung heute im Kabinett beschlossen. Wir können nicht versprechen, dass mit dieser Aufstockung die komplette Nachfrage befriedigt werden kann. Wir bieten aber deutlich mehr jungen Menschen die Chance auf eine Ausbildung und wir unterstützen mehr Betriebe darin, notwendige Fachkräfte zu finden.

Familie

Erhöhung des Kindergeldes

Die jetzt aus dem Bundesfinanzministerium bekannt gewordenen Vorschläge für eine Erhöhung des Kindergeldes und eine Ausweitung des Kinderzuschlags ab dem Jahr 2016 weisen in die richtige Richtung. Die Grundsicherung für Kinder wird über das Kindergeld für Durchschnittsverdiener, über steuerliche Kinderfreibeträge für Gutverdiener und den Kinderzuschlag für Familien mit niedrigem Einkommen gesichert. Deshalb müssen diese drei Instrumente insgesamt in den Blick genommen werden. Wir begrüßen die Überlegungen des Bundesfinanzministers, die Weiterentwicklung der steuerlichen Freibeträge für Kinder, des Kindergeldes und des Kinderzuschlags für die gesamte Legislaturperiode insgesamt in den Blick zu nehmen. Mini-Kindergelderhöhungen und Schnellschüsse beim Kinderzuschlag helfen den Familien allerdings nicht. Sie würden zudem zu einem unverhältnismäßigen Verwaltungsaufwand führen. Deshalb ist es richtig, auch bei der Kindergrundsicherung einen längeren Zeitraum in den Blick zu nehmen. Spätestens im Jahr 2016 müssen Kindergeld und Kinderzuschlag kräftig erhöht werden. Die Schere zwischen Freibetragswirkung bei der Einkommensteuer und Kindergeld-/ Kinderzuschlagwirkung darf in dieser Legislaturperiode nicht weiter auseinandergehen. Langfristig muss sie geschlossen werden. Die SPD-Bundestagsfraktion hatte dafür in der vergangenen Legislaturperiode das Modell des Neuen Kindergeldes entwickelt. Wir werden weiterhin versuchen unsere Koalitionspartner von den Vorzügen einer Sozialdemokratischen Kindergrundsicherung zu überzeugen.

Bonbon

„Mich enttäuscht, dass jemand wie Uli Hoeneß, der Leistung, Disziplin und Geradlinigkeit unerbittlich wie kaum ein anderer fordert, beim Steuerzahlen Anspruch und Wirklichkeit nicht in Übereinstimmung bekommt."

(Norbert Walter-Borjans,NRW-Finanzminister)

Termine

Derzeit kann ich keine Termine wahrnehmen.
Mein Arzt hat mir folgendes verordnet:

Ruhe, Ruhe, Ruhe

und jetzt bin ich auch im Mutterschutz ……